



18. Sitzung des Gemeinderates

Datum, Zeit	Montag, 8. April 2024, 19:00 Uhr bis 20:10 Uhr
Ort	Katholisches Pfarreizentrum Leepünt
Vorsitz	Patrick Schärli (die Mitte/EVP), Gemeinderatspräsident
Anwesend	37 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	André Csillaghy (SP) Tanja Boesch (Die Mitte/EVP) Christian Gross (SP) Hochbauvorstand Dominic Müller (Die Mitte) Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)
Protokoll	Stefan Rüegg, Gemeinderatssekretär a.i.
Stimmenzählende	Alexandra Freuler (SP) Oliver Kellner (Grüne) Sarah Steiner (SVP)



Traktanden

1. Mitteilungen
2. Protokollgenehmigung der 17. Sitzung vom 11. März 2024
3. Postulat Rafa Tajouri (FDP) und 18 Mitunterzeichnende: Massnahmen für eine rasche Realisierung der Glattalbahnerverlängerung / Beantwortung
GR Geschäft Nr. 32/2023
4. Interpellation Theo Johner (die Mitte/EVP) und 4 Mitunterzeichnende zur Umstrukturierung der Verwaltung und zum neuen Organigramm / Beantwortung
GR Geschäft Nr. 41/2023
5. Ersatzwahl GR-Sekretär
GR Geschäft Nr. 13/2024

1. Mitteilungen

Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) begrüsst zur 18. Sitzung des Gemeinderates in der Legislatur 2022-2026.

Ratspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) begrüsst den interimistischen Ratssekretär Stefan Rüegg, welcher das erste Mal, an einer Gemeinderatsitzung teilnimmt.

Das zieht zur Folge, dass es leider auch die letzte Gemeinderatssitzung der langjährigen und äusserst beliebten Gemeinderatssekretärin, Edith Bohli, ist. Sie nimmt lediglich zur Unterstützung und nicht als Protokollführerin teil.

Die Einladung zur heutigen Sitzung mit der Traktandenliste ist gemäss Artikel 46 von der Geschäftsordnung vom Gemeinderat rechtzeitig verschickt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht worden. Die Akten zu den Geschäften sind zur Einsicht bereitgestellt. Da zur Traktandenliste keine Änderungsanträge gestellt werden, gilt diese als genehmigt.

Für die heutige Sitzung haben sich André Csillaghy (SP), Tanja Boesch (Die Mitte/EVP) und Christian Gross (SP), entschuldigt. Es sind somit 37 Gemeinderatsmitglieder anwesend. Ausserdem lassen sich vom Stadtrat der Hochbauvorstand Dominic Müller (Die Mitte) und der Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU) entschuldigen.

Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP)

Der Stadtrat hat seit der letzten Gemeinderatssitzung dem Gemeinderat folgendes Sachgeschäft überwiesen:

- Koordinationsstelle für Alters- und Pflegefragen (Verlängerung der befristeten Beratungsstelle)

Das Geschäft wird von der GRPK vorberaten.

Seit der letzten Sitzung sind keine Antworten vom Stadtrat auf politische Vorstösse eingegangen.



Neu eingereicht worden sind seit der letzten Sitzung folgende Vorstösse:

- Schriftliche Anfrage von Lukas Schanz (SVP) und Patrick Walder (SVP) zur Neubewertung von Liegenschaften und Festsetzung der Eigenmietwerte ab 2025
- Schriftliche Anfrage von Flavia Sutter (Grüne) zur Fällung eines Baumes an der Höglerstrasse

Die schriftlichen Anfragen sind an den Stadtrat zur Beantwortung überwiesen worden.

Fraktions- und persönliche Erklärungen

Es sind keine Fraktions- oder persönlichen Erklärungen angekündigt worden.

2. Protokollgenehmigung der 17. Sitzung vom 11. März 2024

Zum Protokoll der 17. Gemeinderatssitzung vom 11. März 2024 sind keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es gilt somit in Anwendung von Art. 54 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3. Postulat Rafa Tajouri (FDP) und 18 Mitunterzeichnende: Massnahmen für eine rasche Realisierung der Glattalbahnverlängerung / Beantwortung GR Geschäft Nr. 32/2023

Rafa Tajouri (FDP)

"Ich bedanke mich beim Stadtrat für die ausführliche Beantwortung des Postulats. Ich nehme erfreut zur Kenntnis, dass der Stadtrat und wir Postulanten dasselbe Ziel anstreben: eine angemessene Anbindung des Innovationsparks an den öffentlichen Verkehr. Hierzu gilt es aber noch anzumerken, dass die Verlängerung der Glattalbahn bis zum Innovationspark nicht nur für den Innovationspark relevant ist, sondern für die Entwicklung und Anbindung des Entwicklungsgebietes entlang der Überlandstrasse. In diesem Bereich hat sich bereits enorm viel getan und mit der geplanten Überbauung bei der Kreuzung Ringstrasse/Überlandstrasse und des geplanten Provisoriums der Kantonsschule ab 2026, neben der Empa, wird die Transportnachfrage nochmals sprunghaft ansteigen.

Die unterirdische Linienführung mag zwar aufgrund der zu erwartenden Kosten und technischen Komplexität keine hohe Realisierungswahrscheinlichkeit haben (wobei der Kanton heute schon Geld auf unsinnigere Art und Weise ausgibt), aus verhandlungstaktischen Überlegungen gibt es aber keinen Grund, diese Variante von vornherein auszuschliessen.

Zusammen mit den in den nächsten 5 Jahren geplanten Neu- und Ausbauten im Innovationspark, mit angedachten 3500 Arbeitsplätzen in der ersten Phase, ist klar, dass die aktuelle Verkehrsplanung nicht mehr angemessen ist. Zwar ist der Regierungsrat der Ansicht, dass bis 2040 die erwartete Nachfrage problemlos mit einem gezielten Busvorlauf bewältigt werden kann. Dies ist aber angesichts des bereits heute bestehenden Verkehrsaufkommens, der aktuellen Platzverhältnisse (u.a. beim Kreisel Bahnhof Nord) und der sehr dynamischen Entwicklung der Achse Stettbach – Innovationspark, die meiner Meinung nach in Umfang und zeitlicher Abfolge vom Kanton unterschätzt werden, fragwürdig.

Besonders zu denken gibt die Tatsache, dass an der Behördenorientierung vom 26. März im IPZ, seitens Regierungsrats und Stiftung Innovationspark, nicht der Eindruck erweckt wurde, dass sie sich der Problematik bewusst sind. Unsere Zweifel diesbezüglich konnten auch in der Fragerunde nicht ausgeräumt werden. Somit kann die Aussage getroffen werden, dass der gemeinsame Brief der betroffenen Gemeinden vom 7. Dezember 2022 an Regierungsrätin Walker-Späh in der Sache richtig war, aber noch keine Wirkung gezeigt hat. Es bestätigt sich damit die Bauernregel, dass man ein Anliegen wiederholt vortragen muss, damit die Nachricht beim Adressaten ankommt.



Somit ist für uns klar, dass der Stadtrat – allenfalls wiederum im Verbund mit den anderen Gemeinden – weiterhin geeignete Mittel ergreifen muss, damit insbesondere in der politischen Führung beim Kanton das Bewusstsein für die Verkehrsproblematik geschaffen wird, mit dem Ziel, die Planung für die Glattalbahn (und auch die Übergangslösung mit Bussen) neu zu priorisieren. Deshalb stelle ich den Antrag, das Postulat weiterhin aufrechtzuerhalten. Dies soll aber keinesfalls als Misstrauensvotum gegenüber dem Stadtrat gewertet werden. Im Gegenteil geht es dabei darum, dem Stadtrat in seinen Bemühungen gegenüber dem Kanton den Rücken zu stärken. Den damit verbundenen Aufwand, zur Erstellung des Berichts, erachte ich als minim, kann doch dieser auf einer A4 Seite abgehandelt werden, was angesichts der Relevanz des Themas auch zu verantworten ist."

Stellungnahme Stadtrat, Adrian Ineichen (FDP), Tiefbauvorstand

"Die Verlängerung der Glattalbahn, in Dübendorf voraussichtlich entlang der Überlandstrasse, dann entlang der Wangenstrasse, dann durch den Innovationspark und schliesslich nach Dietlikon, steigert nicht nur die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs, sondern ist wichtig für die nachhaltige Entwicklung der Region, von Dübendorf und des Innovationsparks.

Der Stadtrat setzt sich bereits seit längerem stark für den rechtzeitigen Bau der Glattbahnverlängerung ein, wie aus der ausführlichen Postulatsantwort hervorgeht. Seit der In-Kraft-Setzung des Gestaltungsplans Teilgebiet A des Innovationsparks im 2021, aber auch der kantonsrätlichen Kreditbeschlüsse im 2022, gewinnt die Entwicklung des Innovationsparks noch zusätzlich an Momentum. U.a. deshalb haben die Gemeinden Dietlikon, Wangen-Brütisellen, Volketswil und Dübendorf, wie erwähnt den Brief an Frau Regierungsrätin Carmen Walker Späh geschrieben, mit dem Antrag, dass die Projektierung von der Glattalbahnverlängerung angefangen werden soll.

Obwohl diesem Wunsch dazumal, vor eineinhalb Jahren, noch nicht stattgegeben wurde, ist kurz darauf im ZVV-Strategiebericht, der im Juni 2023 veröffentlicht wurde, erstmals die Glattbahnverlängerung Stettbach-Dietlikon aufgeführt im Zeitplan, nämlich so, dass bis im 2025 Studien und Abklärungen gemacht werden müssen. Der logische nächste Schritt, nach diesen Studien und Abklärungen, wäre die Projektierung. Die ist abhängig von anderen Tramprojekten. Der ZVV verwaltet im Moment gerade mehrere Projekte parallel, den STEP-Ausbauschnitt (u.a. Brüttener Tunnel) und den Neubau vom Bahnhof Dietlikon und den Innovationspark.

Entsprechend, aufgrund dieser Studien und Abklärungen hat sich die Intensität des Austausches zwischen Stadt und Kanton u.a. zu diesem Thema spürbar erhöht, in den letzten paar Monaten. So begannen vor kurzem Vorstudien zu Anschlussknoten zwischen Dübendorf Bahnhof Nord und Innovationspark, mit dem Ziel, diese bis Sommer 2025 abzuschliessen.

Es ist bekannt, dass das Gebiet um den Bahnhof Dübendorf, unter anderem auch der Nordteil, sehr eng ist. Entsprechend ergeben sich delikate Zielkonflikte. Eine mögliche, teilweise unterirdische Führung der Glattalbahnverlängerung ist deshalb kein neues Thema und keine neue Idee.

Auch wenn diese Idee attraktiv erscheint, weil sie aus dem engen Platz eben die verschiedenen Interessen aufteilt, räumlich, in verschiedene Höhen, gibt es mehrere Überlegungen, die gegen eine solche unterirdische Führung sprechen.

Eine Auswahl:

- Es würde erwartbar massiv höhere Kosten geben.
- Es gibt eine massiv höhere Komplexität von den Projekten, die da zusammenkommen und damit ein hohes Risiko von mehr Verzögerungen, zeitlicher Natur. Was eigentlich gegen das Postulat oder gegen die Interessen des Postulats, die rasche Realisierung der Glattalbahnverlängerung, sprechen würde.
- Zudem würde ein Tunnel, eine unterirdische Führung, entsprechend auch ein Tunnelportal, respektive zwei, an beiden Enden, verlangen und das würde negative Effekte generieren. Unter



anderem an der Wangenstrasse, was städtebaulich zusätzliche Probleme schaffen würde, bei einem Tunnelportal und der Vernetzung der beiden Quartiere, die an der Wangenstrasse angrenzen.

- Zusätzlich gibt es noch weitere Zielkonflikte. Nämlich beim Bahnhof Dübendorf selber, zwischen der Glattalbahnhaltestelle, die eigentlich beim Bahnhof Dübendorf hinkommen sollte, der Unterführung, die wir heute haben und zahlreiche weitere Verkehrsträger, die sich am Bahnhof Dübendorf kreuzen.

Deshalb erachtet der Stadtrat die Realisierungschancen einer unterirdischen Linienführung als gering und möchte darum die Ressourcen bündeln für die Klärung der anderen Herausforderungen, die sich sowieso schon genug stellen in diesem Projekt.

Es wurde erwähnt, vor wenigen Tagen hat die IPZ Property AG die Entwicklungspläne zum Teilgebiet A des Innovationsparks veröffentlicht. Dabei wird angestrebt, mit dem Bau der ersten Gebäude hinter dem Vorfeld noch in diesem Jahr zu beginnen.

Es bleibt abzuwarten, wie rasch sich der Innovationspark entwickeln wird. In jedem Falle ist der stufenweise und bedarfsgerechte Ausbau des ÖV-Angebots (vorerst mit Bussen) geplant.

Ich versichere Ihnen, dass der Stadtrat bezüglich Glattalbahnverlängerung am Ball bleibt und sich weiterhin für deren rechtzeitige Realisierung einsetzt.

Die Berichterstattung dazu möchte der Stadtrat schlank und zweckmässig im jährlichen Geschäftsbericht vornehmen."

Diskussion

Julian Croci (Grüne)

"Wir wollen uns beim Stadtrat bedanken für die Beantwortung des Postulates. Der Bericht des Stadtrates zeigt sehr gut auf, warum es wichtig ist, dass es bei der Glattalbahnverlängerung schnell vorwärtsgesht. Dabei geht es weniger um den Mehrverkehr durch den werdenden Innovationspark, der noch mindestens bis 2040 über Busse abgewickelt werden kann. Das Problem ist mehr, dass andere Projekte blockiert werden, beziehungsweise schwer zu planen sind. Zum Beispiel eine allfällige Neugestaltung des Bushofes beim Bahnhof Dübendorf. Oder die Entwicklung des Flugfeldquartiers. In diesem Zusammenhang bin ich schon sehr gespannt, wie der Glattalbahn in der kommenden Revision der BZO Rechnung getragen wird.

In diesem Zusammenhang sind wir auch sehr froh darüber, dass der Stadtrat sich zusammen mit anderen betroffenen Gemeinden, beim Kanton, für eine schnelle Planung und Realisierung einsetzt. Ob eine unterirdische Streckenführung nun so früh ausscheiden würde, wie der Stadtrat darstellt, sei dahingestellt. Alle Nachteile, die der Stadtrat aufzählt, sehen wir aber auch so. Hässliche Tunnelportale, höherer Preis und mögliche Verzögerungen bei der Umsetzung rechtfertigen wohl kaum, auf kurzer Strecke weniger Strassenraum zu beanspruchen. Falls der Kanton das anders sieht, kann der Kanton entsprechende Varianten ja immer noch abklären. In diesem Sinne stimmen wir der Abschreibung als erledigt zu und hoffen, dass die Glattalbahn bald auch am Bahnhof Dübendorf hält."

Roland Wüest (SP)

"Auch wir von der SP bedanken uns für die ausführliche und klare Stellungnahme des Stadtrats, der grundsätzlich alle Fragen aus dem Postulat beantwortet hat, und die auch deutlich zeigt, welche zentrale Bedeutung der Stadtrat einer raschen Realisierung der Verlängerung der Glattalbahn zumisst sowie einem baldigen Planungsstart für die umfassende Verkehrsentwicklung in Dübendorf und der Region. Die SP teilt die Position vom Stadtrat und vermutlich auch von vielen Fraktionen hier im Gemeinderat, dass dieser Verlängerung der Glattalbahn und dem Ausbau der nötigen Leistungserbringungen des ÖV's und der Anbindungen an den IPZ für die Entwicklung von Dübendorf eine grosse Priorität zukommt. Im Zusammenhang mit der Entwicklung vom Innovationspark stellen



sich für uns auch noch andere grundlegende mittelfristige Fragen, wie zum Beispiel die Entwicklung der angrenzenden Quartiere und die Auswirkungen auf die Mieten, aber die sind heute Abend nicht das eigentliche Thema. Wie der Stadtrat auch klar und richtig festhält, kann die Planung und die Realisierung von der Glattalbahnen nicht isoliert vorangetrieben werden, sondern muss im Zusammenhang mit den weiteren anstehenden Projekten, die bereits erwähnt worden sind, rund um den Bahnhof und auch die Neugestaltung der Überlandstrasse, geplant werden. Das heisst es braucht eine vernetzte und umfassende Planung mit allen Beteiligten, und einen klaren und zeitlich verbindlichen Zeithorizont.

Für uns führt der Stadtrat, in seiner Antwort, auch plausibel aus, wieso er eine unterirdische Variante für nicht realisierbar hält und eine weitere Planung, in dieser Hinsicht, für wenig sinnvoll – eine Einschätzung, die auch die SP teilt. Grundsätzlich könnte man sich jetzt auf den Standpunkt stellen, dass das Postulat aufgrund der Antwort des Stadtrats eigentlich abgeschrieben werden könnte. Doch es bleiben ein paar Zweifel zurück, inwiefern die hohe Priorität, welche die Stadt Dübendorf und die weiteren beteiligten Gemeinden diesem Projekt zumessen, wirklich von allen Projektbeteiligten, namentlich vom Kanton und dem Regierungsrat, ebenfalls geteilt werden. Im zitierten Antwortschreiben des Kantons vom Januar 2023 wird festgehalten, erste Abschätzungen zum erforderlichen ÖV-Angebot hätten ergeben, dass die erwartete Nachfrage bis mindestens zum Horizont 2040 mit einem gezielten Busvorlauf problemlos bewältigt werden könne. Und wie wir erfahren haben, scheint das offenbar die derzeit bevorzugte Lösung des Kantons zu sein, was für eine rasche Realisierung der Glattalbahnen nichts Gutes verheisst. Auch wir möchten betonen, dass wir die geleistete Arbeit des Stadtrates anerkennen und wertschätzen, aber wir teilen die Sorge auch von den anderen Fraktionen, wie sie hier geäussert worden sind, dass die Realisierung nicht rasch genug erfolgen wird und dass dies negative Auswirkungen auf die Umsetzung auf die anderen Verkehrsprojekte in Dübendorf haben könnte. Ob durch die Aufrechterhaltung dieses Postulats nun wirklich mehr Druck und Fortschritte in diesem Geschäft erreicht werden können, sei dahingestellt. Aber wir finden es legitim, wenn der Gemeinderat als Zeichen für die grosse Bedeutung und Dringlichkeit der Glattalbahnen und der damit zusammenhängenden verkehrstechnischen Entwicklung das Postulat aufrechterhalten möchte. Und falls das Postulat nicht aufrechterhalten werden sollte, sollte der Stadtrat dies dennoch als klares Zeichen und Auftrag verstehen und gemeinsam die Realisierung so schnell wie möglich weiter voranzutreiben. In diesem Sinne erlauben wir uns einen kleinen Ausweg und geben eine Stimmfreigabe ab, denn die Überlegung für die Abschreibung oder Aufrechterhaltung von diesem Postulat ist jedem selber überlassen."

Thomas Maier (glp/GEU)

"Gerne sage ich auch für unsere Fraktion noch ein paar Worte, zur Antwort des Stadtrats zum vorliegenden Postulat. Auch wir möchten dem Stadtrat und unserer Verwaltung ganz herzlich danken für diese ausführliche, wohlwollende und unterstützende Berichterstattung. Wie wir schon gehört haben, teilen wir offensichtlich alle, über alle Parteigrenzen hinweg, die Zielsetzung zu einer möglichst schnellen Verlängerung der Glattalbahnen und die Erschliessung von Dübendorf Nord und dem Innovationspark mit einer Bahn, und damit auch die Erfüllung vom angestrebten Modalsplitt. Der Stadtrat erwähnt viele wichtige Punkte, wieso dass eben genau diese Bahn dringend nötig ist sowie die Kapazitäten auf der Bahn, auf der Strasse, der Takt etc.

Wir bewegen uns hier ja in einem vierdimensionalen Raum, dem physischen dreidimensionalen Raum und der Zeit. Als Physiker bin ich es mir zwar schon gewöhnt relativ zu denken und weiss, dass auch die Zeit sehr langsam vergehen kann, nur ein bisschen die Augen reiben müssen wir dann schon immer wieder, wenn es um die zeitliche Dimension geht, bei diesen Projekten. Da ist schon mal der Grundsatz, welcher der Stadtrat in seiner Antwort erwähnt. Ab Planungs- und Projektierungsbeginn geht es im besten Fall acht bis zehn Jahre bis zur Inbetriebnahme der Glattalbahnen. Acht bis zehn Jahre, im besten Fall. Da fragen wir uns schon, wie erfolgreich die Schweiz wäre, wäre das vor 100 Jahren schon so gewesen. Könnten wir dann jetzt vielleicht den ersten Bahnhof in Dübendorf in Betrieb nehmen und eröffnen? Was machen wir? Wir legen nicht



einmal los, obwohl sich alle einig sind, dass wir diese Bahn brauchen. Wir machen jetzt einmal ein paar Studien und Abklärungen. Auch das sieht man in der Antwort des Stadtrats. Die Verlängerung der Glattalbahn ist jetzt in der Abbildung des Zeitplans aufgeführt, mit weiteren Studien und Abklärungen in den Jahren 2023-2025. Wieso? Was spricht dagegen, dass man schneller loslegt? Wir haben unter anderem auch in der vorletzten Woche, an der Veranstaltung im Innovationspark, zur Planung, man könnte es dann auch im Glattaler lesen, den Eindruck erhalten, dass die zuständige Regierungsrätin sich noch nicht mit dem Projekt auseinandergesetzt hat. Sie hat auf jeden Fall recht unbeholfen auf die entsprechenden Fragen geantwortet und reagiert, und wahrscheinlich ist da der Grund für das fehlende Loslegen zu suchen. Obwohl gemäss Antwort vom Stadtrat die Gemeinden ja deutlich vorstellig worden sind, bei ihr. Das ist ja auch der Hauptgrund, wieso wir für das Aufrechterhalten des Postulats sind. Der Stadtrat darf gerne einmal im Jahr Bericht erstatten, wir bitten ihn allerdings bei der Regierung noch einmal deutlich vorstellig zu werden, zusammen mit den anderen Gemeinden, dass es jetzt losgehen muss, wenn man 2035 diese Bahn möchte. In einem weiteren Punkt unterstützen wir den Stadtrat. Es braucht keine Tunnellösung. Er schreibt zu Recht, mit welchen gewaltigen Eingriffen, ins Stadtbild, z.B. solche Tunnelportale verbunden sind. Was schlussendlich auch in der Stadt Zürich zu Ablehnungen von entsprechenden Vorlagen geführt hat. Oder mindestens einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet hat, zu einer Ablehnung. Und dieses Risiko möchten wir nicht eingehen, abgesehen davon, dass es auch sehr viel Geld kostet. Das ist aber aus unserer Perspektive nur ein Teilaspekt oder Aspekt von dem Postulat. Wichtig ist, dass es auf den Kanton weiterhin Druck gibt, zusammen mit den Nachbargemeinden von uns und dass wir jetzt endlich vorwärtsmachen."

Orlando Wyss (SVP)

"Obwohl die Postulanten dem Stadtrat mit seiner neunseitigen Postulatsbeantwortung viel unnötige Arbeit gemacht haben, ist diese Antwort sehr sachlich ausgefallen. Sie hat keine Neuigkeiten oder Überraschungen gebracht. Eigentlich steht in dieser Antwort nichts anderes, als ich vor dreiviertel Jahren dem Gemeinderat bei der Überweisung schon mitgeteilt habe, wo ich verhindern wollte, dass wir dem Stadtrat diese unnütze Mehrarbeit aufbürden. In den letzten zwei Wochen sollten eigentlich allen Mitgliedern unseres Gemeinderates klargeworden sein, dass dieser politische Vorstoss für die Galerie war. Letzte Woche konnte man in den Zeitungen lesen, dass das Genehmigungsgesuch für das Tram nach Zürich Affoltern eingereicht worden ist und man auf eine Realisierung bis Ende 2029 hofft. Es sind auch die Kosten für das Projekt genannt worden. Etwa CHF 450 Mio. soll das Ganze kosten. Dies ist nur das erste grosse Projekt des Agglomerationsprogramms des Kantons Zürich der vierten Generation, und zwar nur des Teilgebietes Stadt Zürich-Glattal. Das zweite Grossprojekt in unserem Gebiet ist die Glattalbahnverlängerung Flughafen Kloten nach Bassersdorf, welches als nächstes angegangen und auch hunderte CHF Mio. kosten wird. Diese beiden Grossprojekte haben die Priorität A, wie noch einige andere kleinere Projekte. Das im Postulat besprochene Projekt der Glattalbahnverlängerung von Giessen bis nach Dietlikon hat aber nur die Priorität C. Im kantonalen Agglomerationsprogramm hat es aber noch die Gebiete Limmattal, Zürcher Oberland und Winterthur und Umgebung. Das zweite Ereignis in den letzten zwei Wochen war die Informationsveranstaltung für Parlamentarier auf dem Gelände des geplanten Innovationsparks. Bei dieser Veranstaltung war das Interessanteste, dass es eigentlich nichts Neues zu vermelden gab, ausser den eingereichten Baubewilligungen auf Feld A. Vor allem bezüglich Feld B hätte ich etwas mehr erwartet. Das führte auch dazu, dass die anwesenden Kantonsräte bei der abschliessenden Fragerunde still blieben. Nur zwei Dübendorfer Gemeinderätinnen wollten etwas über die Erschliessung des Innovationsparks durch die Glattalbahn wissen. Die Antworten unserer Regierungsrätin fielen so aus, wie es zu erwarten war. Sie redete zwar nicht Klartext, denn sie wollte die anwesenden Dübendorfer Vertreter, welche offensichtlich mit den Einzelheiten des Projekts in Unkenntnis sind, nicht zu fest vergraulen. Sie könne zum jetzigen Zeitpunkt noch nichts sagen und vertröstete auf die nächste Veranstaltung. Dort wird sie sehr wahrscheinlich wieder dasselbe sagen. Darum gebe ich den Fragestellerinnen die Antwort dazu. Über konkrete Details, wie Zeithorizont der Planung und Bau, Details der Linienführung

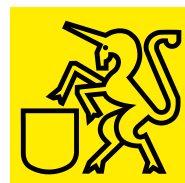


und Zeitpunkt der Inbetriebnahme wird dann berichtet, wenn der definitive Entscheid über die Realisierung der Glattalbahnerweiterung von Giessen nach Dietlikon entschieden sein wird. Dieser Entscheid fällt dann, wenn klar ist, dass das Feld A des Innovationsparks wie vorgesehen nicht nur auf dem Papier geplant, sondern die Umsetzung auch gesichert ist. Die Erschliessung des Innovationsparks durch den öffentlichen Verkehr ist aber durch den Busbetrieb problemlos gesichert. Und man kann sich darauf einstellen, dass vor dem Jahr 2040 keine Glattalbahn über den Innovationspark fahren wird. Planerisch ist dieser Umstand auch kein Problem. Die Streckenführung der Glattalbahnerweiterung ist schon lange im kantonalen Richtplan eingetragen. Somit ist klar, auf welchem Trasse sie fahren wird, sollte sie gebaut werden. Dies ist so eine Sache mit diesen Richtplaneinträgen. Im Jahr 2014 haben wir uns im Kantonsrat eine Woche lang mit diesen Richtplaneinträgen herumgeschlagen. Es ist zum Beispiel auch ein Seetunnel unter dem Zürichsee im Richtplan eingetragen. Aber sehr wahrscheinlich wird niemand hier im Saal die Realisierung dieses Tunnels erleben. Da haben wir bei der Glattalbahnerweiterung eine grössere Chance, bei der Eröffnung dabei zu sein. Da an dieser Veranstaltung alle Verantwortlichen dieses Projektes anwesend gewesen sind, hätte sich im persönlichen Gespräch mit ihnen die Gelegenheit geboten, mehr zu erfahren. So hat mir der Chef des Amtes für Mobilität bestätigt, dass zum jetzigen Zeitpunkt nicht nur die fehlenden finanziellen Ressourcen das Problem sei, sondern dass dem Kanton Zürich auch die personellen Ressourcen fehlen, um sich mit der Glattalbahnerweiterung näher auseinander zu setzen. Dies wegen den anstehenden Grossprojekten, welche der Kanton Zürich in nächster Zukunft zu bewältigen hat. Mit Genugtuung habe ich in der Antwort des Stadtrates gelesen, dass er die Fantasterei im Postulat über eine unterirdische Linienführung nicht unterstützt und sie sogar als kontraproduktiv ablehnt. Sonst müssten wir im Rahmen einer Biodiversitätsanstrengung in Dübendorf die Pflanzung von Bäumen ins Auge fassen, an denen Tausendernoten wachsen. Auch den Vorschlag des Stadtrats, die jährliche Berichterstattung in den Geschäftsbericht zu integrieren, unterstütze ich. Da die heutige Postulatsbeantwortung noch über längere Zeit aktuell bleiben wird, kann man dies ohne grosse Anstrengungen und Kosten im Copy-Paste-Verfahren erledigen. Wir haben den Stadtrat und die Verwaltung mit einem politischen Vorstoss belästigt und unnütze Arbeit aufgebürdet, bei welcher jeder von uns mit ein bisschen Interesse und Recherchearbeit selbst zu den vom Stadtrat verfassten Antworten gekommen wäre. Wie ich schon bei der Überweisung des Postulats gesagt habe, mache ich dies den gemeinderätlichen Postulanten nicht zum Vorwurf, da ihr politisches Interesse meistens an der Gemeindegrenze endet. Dass aber ein gestandener Gemeinderat, ehemaliger Kantonsrat und Nationalrat, wie das Thomas Maier darstellt und der es besser wissen müsste, dieses Postulat mitunterschieden hat, stellt ihm nicht das beste Zeugnis aus. Da aber diese Fleissarbeit des Stadtrats für einige Jahre immer wieder aus der Schublade hervorgeholt werden kann, ist der Schaden überschaubar. Sollte weiterer Informationsbedarf bei diesem Thema bestehen, rate ich allen, an der nächsten Informationsveranstaltung des Innovationsparks für Parlamentarier teilzunehmen. Es ist an dieser Veranstaltung auch keine Presse anwesend, sodass man jede Frage stellen kann, ohne dass man medial Nachteile zu gewärtigen hat. Die SVP wird der Abschreibung dieses Postulats zustimmen und hofft, dass der Gemeinderat dies auch so vollzieht."

Theo Johner (die Mitte/EVP)

Auch wir sind mit der Beantwortung des Postulats grösstenteils zufrieden. Es geht auch nicht darum, wenn wir von der Aufrechterhaltung sprechen, dem Stadtrat noch eins auszuwischen, sondern darum, den politischen Druck aufrecht zu halten. Orlando Wyss hat gesagt, wir sind im Moment "Klasse C", und jeder weiss in der Politik, es geht unter anderem auch darum, wie viel Aufmerksamkeit man hat, wenn man nicht redet, bleibt man immer zuhinterst auf der Prioritätenliste.

Punkt zwei, der Busbahnhof, auch das wurde bereits erwähnt, wir möchten die Situation am Bahnhof verbessern. Die Detailführung von der Glattalbahn ist für das entscheidend. Da können wir nicht warten bis der Kanton sich in 30, 40 Jahren Gedanken dazu macht und es ist interessant, dass bei der Glattalbahn von hässlichen Tunnelportalen gesprochen wird, für eine Fussgänger- und separate



Velounterführung möchte man aber die ganze Bahnhofstrasse so weit absenken, was ortsgestaltungsmässig noch viel heikler ist und viel hässlicher ist, als wenn man bei der Überlandstrasse-Unterführung geradeaus weiterfahren würde.

Drittens, es heisst, der Bus werde noch lange genügen. Wer diese Strasse schon einmal gefahren ist, weiss, dass diese Bushaltestellen in der Strasse drin sind; heisst, wenn der Bus haltet, haltet der ganze Verkehr.

Diese Strasse ist jetzt schon, in den Stosszeiten, verstopft. Der Bus hat daher immer Verspätung. Wenn man die Busfrequenz verdichtet, wird der Bus zu seinem eigenen Verkehrshindernis, weil der Bus, welcher vorne haltet, den Stau generiert, sodass der hinten auch nicht mehr fahren kann. Aus diesen und anderen Gründen, eben das Wichtigste einfach der politische Druck, sind wir der Meinung, dass man das Postulat aufrechterhalten sollte und werden auch dementsprechend stimmen."

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Das Postulat wurde mit 14 zu 22 Stimmen aufrechterhalten und bleibt somit auf der Geschäftsliste.

4. Interpellation Theo Johner (die Mitte/EVP) und 4 Mitunterzeichnende zur Umstrukturierung der Verwaltung und zum neuen Organigramm / Beantwortung GR Geschäft Nr. 41/2023

Theo Johner (die Mitte/EVP)

"Ich werde mich kurzhalten, da es sich hier um eine Interpellationsantwort handelt und nicht um ein Geschäft, über welches der Gemeinderat anschliessend befinden muss.

Mit dem neuen Organisations- und Verwaltungsreglement übernimmt der Stadtrat eindeutig operative Aufgaben, dies ist in den zwei Kapiteln zu Kompetenzen und Aufgaben klar ausgewiesen. Er bewegt sich damit weg vom Grundsatz, dass die Exekutive politisch führt und die Verwaltung umsetzt.

Die Interpellationsantwort macht den Eindruck, dass der Stadtrat sich der daraus entstehenden zivil- und strafrechtlichen Verantwortung nicht bewusst ist oder sie zumindest nicht wahrhaben will.

Der «Kommentar zum Zürcher Gemeindegesetz» meint zu einer derartigen Ausgestaltung der Verwaltungsorganisation «In der Praxis lässt sich Letzteres oftmals nur im Rahmen eines Ressortsystems wahrnehmen, wenn die Ressortvorstehenden voll- oder hauptamtlich tätig sind.» Der Stadtrat Dübendorf schreibt in der Interpellationsantwort hingegen, es sei keine nennenswerte Mehrbelastung zu erwarten. Zu den fachlich/rechtlichen Aspekten verweist er vage auf die Schulung seiner Kaderleute.

Gemäss Kapitel 6.1 Organisations- und Verwaltungsreglement ist die Geschäftsleitung das oberste operative Führungsorgan, ausser in Personalthemen. Damit würde sie also in allen anderen Themen über den Ressortvorständen stehen, welche aber wiederum die Vorgesetzten ihrer Kader sind. Wer sich die "Kompetenzmatrix" im Anhang des neuen Organisations- und Verwaltungsreglements angeschaut hat, kann sich vorstellen, wie kompliziert die Verhältnisse neu werden.

Die Abhängigkeit der Verwaltungskader vom jeweiligen Ressortvorstand steigt mit dem neuen Reglement deutlich an, dies ist keine positive Entwicklung.

Alles in allem kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der Stadtrat nicht gewillt ist, als Kollegialbehörde zu führen und daher kleine Königreiche schafft. Es ist jedenfalls nicht ersichtlich, wieso die personelle Führung eines Ressorts zu kürzeren Wegen in den Sachthemen führen soll.

Und der Stadtrat hat in seiner Interpellationsantwort unsere Bedenken nicht ausgeräumt.

Wir erwarten darum, dass der Stadtrat nach seiner Herbstklausur, wie angekündigt, uns auch über seine Erfahrungen und allfälligen Justierungsbedarf informiert."

Der Stadtrat verzichtet auf ein Votum.



Diskussion

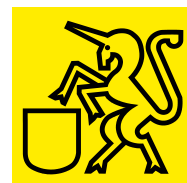
Leandra Columberg (SP)

"Die SP dankt der Mitte Fraktion für diese Interpellation. In den letzten Monaten ist viel über die Arbeitsbedingungen, die fehlende Zufriedenheit und Anliegen des Personals von der Stadt Dübendorf gesprochen und berichtet worden. Und im Austausch mit den städtischen Mitarbeitenden ist wiederholt kommuniziert worden, dass nicht nur Lohnfragen heiss diskutiert werden, sondern auch Themen wie fehlende Transparenz und Probleme mit der Leitungsebene. Es hat lange gedauert, bis der Stadtrat zumindest auf einen Teil der Forderungen vom Personal eingegangen ist. Verständlich also, dass die Angst im Raum steht, dass mit einer Umstrukturierung einige Probleme sich verschärfen werden oder nicht gelöst werden. Wir begrüßen darum, dass dieses Thema auch im Rat diskutiert wird. Es ist aber schade, dass einige Fragen von dieser Interpellation ein bisschen gar weit hergeholt wurden und aus der Luft gegriffen scheinen. Der Vorwurf an den Stadtrat, dass er künftig die Verwaltung nach jeden Wahlen, nach amerikanischem Vorbild, austauschen möchte, hat jetzt doch weder Hand noch Fuss. In diesem Sinne, danken wir auch dem Stadtrat, für seine Antwort, welche ausführlich ist und hoffentlich auch einige Bedenken aus dem Weg räumen kann und Klarheit schaffen kann. Zum einen gegenüber dem Gemeinderat, vor allem aber auch gegenüber dem Personal, welches ja direkt betroffen ist. Es gibt aber doch noch ein Paar offene Fragen. Und auch die SP-Fraktion stellt sich ein paar Fragen zu der Zweckmässigkeit und vielleicht auch zum Zeitpunkt von dieser Umstrukturierung. So eine Umstrukturierung bedeutet auch immer viel Aufwand und da ist es wichtig, dass der auch sinnvoll bewältigt werden kann. Und was natürlich auch wichtig ist, profitiert das Personal von dieser neuen Struktur? Das ist eine zentrale Frage und entsprechend ist es schade, dass sich der Stadtrat hier relativ bedeckt hält. Es wird relativ vage gesagt, dass z.B. die Digitalisierung und die Organisationsentwicklungsprojekte zielgerichtet vorangetrieben werden können und die Entwicklung dem gesamten Personal helfen könnte. Ob jetzt solche genannten Massnahmen z.B. den Arbeitsalltag von einer städtischen Sachbearbeiterin massgeblich einfacher macht, ist fraglich. Wir haben gewisse Bedenken bezüglich dieser Umstrukturierung und gerade auch der Berücksichtigung vom Personal wäre es schön gewesen, wenn der Stadtrat diese Gelegenheit genutzt hätte, auf diese Punkte einzugehen, anstatt diesen Punkt zu vernachlässigen. Und ich finde es ehrlich gesagt auch schade, dass der Stadtrat es jetzt hier nicht für nötig hält, sich zu positionieren. Und die SP-Fraktion möchte den Stadtrat noch einmal deutlich auffordern, dass die Anliegen des Personals berücksichtigt werden sollen und auch das Personal in die Umsetzung und Weiterentwicklung von einer solchen Umstrukturierung eingebunden werden sollte."

Rico Eberle (glp/GEU)

"Gerne möchten wir als glp/GEU Fraktion ebenfalls zur Organisationsanpassung der Stadt Dübendorf und dem angepassten Organigramm Stellung beziehen. Wir waren überrascht, als im September die Information zur angepassten Organisation publiziert wurde. Die Wahl des Führungsmodells ist eine gewichtige Entscheidung – es definiert die benötigten Kompetenzen des Personals – sowohl politisch als auch in der Verwaltung selbst.

Es stimmt, dass das alte Organigramm wegen der Struktur und der etwas kreativen Darstellung immer wieder Fragen aufgeworfen hat. Doch für uns in der glp/GEU kam die komplette Abwendung vom bisherigen Modell mit dem Geschäftsleiter in der operativen Umsetzung etwas plötzlich – und neben den ganzen Personaldiskussionen etwas zum falschen Zeitpunkt. Es irritiert zudem, dass durch die neuen operativen Führungsaufgaben wohl kaum mehr Zeit der Stadträte beansprucht werden soll – und dass die neue Organisation bereits mehr oder weniger ein Abbild der bisher gelebten Strukturen sei.



In unserer Wahrnehmung sollte sich unsere Exekutive mit der politischen und strategischen Führung unserer Stadt auseinandersetzen – insbesondere in dieser wachstumsbedingten Situation von Dübendorf. Ist dies mit dem neuen Modell wirklich gewährleistet und auch zeitgemäss mit den vorhandenen Rahmenbedingungen?

Das bisherige Geschäftsleiter/Stadtschreiber-Modell ermöglichte eine Trennung zwischen der politischen und fachlichen Führung - dies gab den Mitgliedern der Exekutive in ihrem so oder so schon kleinen Pensum die Möglichkeit, sich zu fokussieren. Das Geschäftsleitermodell schützt die Verwaltung auch vor einem Führungswechsel alle vier Jahre – gibt Kontinuität und Sicherheit als Basis für die Verwaltungsmitarbeitenden vor.

Mit der richtig gewählten Organisationsform möchte man schlussendlich Unsicherheit und Unbeständigkeit vorbeugen, Reibungsverluste reduzieren, zu grosse Führungsspannen und zu viele Entscheidungsebenen vermeiden. Wir werden nach der ersten Prüfung durch den Stadtrat im Herbst sehen, ob er sich selbst auf dem richtigen Weg sieht und das auch aus der glp/GEU Fraktion erneut kritisch hinterfragen. Dazu appellieren wir auch an alle Fraktionen, sich dazu nicht ausschliesslich in politischen Vorstössen mit der Exekutive auszutauschen, sondern auch den persönlichen Dialog mit den Vertretern und Vertreterinnen der eigenen Fraktion zu suchen.

Unser Anliegen ist es, dass Dübendorf die angesprochenen «wachstumsbedingten Herausforderungen» mit einer professionellen Verwaltung und Organisation annimmt und auch tatsächlich bewältigen kann. Das bedeutet auch, dass sich die Stadt Dübendorf wieder zu einem attraktiven Arbeitgeber entwickeln muss – für alle Stufen in der Verwaltungsorganisation. Dazu gehören auch eine verlässliche Form der Führung und eine professionelle Organisation in allen Bereichen der Stadt.

Ich persönlich möchte mich bei den nächsten Exekutiv-Wahlen lieber damit auseinandersetzen, ob die Personen ausreichend strategische und politische Erfahrung mit sich bringen – und ich verzichte lieber auf ein Personalführungs-Assessment und eine tiefgreifende fachliche Prüfung."

Flavia Sutter (Grüne)

"Wir betrachten die Neuorganisation der Stadtverwaltung kritisch. Erster Kritikpunkt ist der Zeitpunkt der Einführung. Die Angestellten haben im Sommer 2023 eine Petition eingereicht, da sie unzufrieden sind mit den Arbeitsbedingungen. Der Stadtrat hat daraufhin zugesagt, per 1. Januar 2024 eine Personalkommission zu bilden. Ist diese Personalkommission nun gebildet? Warum hat man die Neuorganisation nicht zur Stellungnahme in die Personalkommission gegeben, anstatt sie einfach so einzuführen?

Im September 2023 hat der Stadtrat die Öffentlichkeit über die Umstrukturierung der Verwaltung per 1. Januar 24 informiert. Zeitgleich wurden offenbar auch die Angestellten informiert. Das hat bei den Angestellten verständlicherweise für Irritation gesorgt. Der Stadtrat schreibt in der Antwort auf meine Schriftliche Anfrage, dass die Angestellten auf Kaderebene im November detailliert informiert wurden. Die anderen Angestellten seien nicht von der Neuorganisation betroffen. Auch wenn das so ist, ist das kein Grund, die Angestellten einfach vor Tatsachen zu stellen.

Eine andere Möglichkeit, das Personal einzubinden, wäre eine Mitwirkungskommission gewesen, wie das in der Anstellungs- und Besoldungsverordnung (ABVO) vorgesehen ist. Aus den Antworten des Stadtrats, in der Interpellation, haben wir erfahren, dass keine Mitwirkungskommission eingesetzt wurde. Es habe weder ein Stadtrat noch jemand vom Personal Bedarf angemeldet. Offenbar war dies vom Stadtrat nicht vorgesehen und deshalb wurde auch nicht gefragt. Auch keine gute Kommunikation! Und aus unserer Sicht, eine verpasste Chance auf eine gewinnbringende Zusammenarbeit.

Zur neuen Rolle der Stadträte: Die Stadträte sind neu, wie wir in der Antwort lesen konnten, nicht mehr nur politisch, sondern auch fachlich und personell verantwortlich für die Führung der Ressorts. Auch das sehen wir kritisch. Die Stadträte sind gewählt als Politiker und Politikerinnen, die oft als Laien ein Departement übernehmen und sich dann einarbeiten. Personalführung gehörte bis anhin



nicht zu den gefragten Kompetenzen. Wir finden es stossend, dass mitten in der Legislatur die Organisation umgekrempelt wird.

Der Mehraufwand sei nicht gross für die Stadträte. Ist dann aber auch die Qualität gewährleistet? Strategische und operative Aufgaben werden zurzeit zum Beispiel in der Schulpflege entflochten. Warum macht der Stadtrat das Gegenteil? Im Organigramm der Stadt Uster beispielsweise ist ersichtlich, dass die politische und die administrative Führung klar getrennt sind. Wir verstehen nicht, warum Dübendorf das plötzlich anders macht.

Ein letzter Kritikpunkt ist die Besetzung der Geschäftsleitung: Warum sind in der Geschäftsleitung nur die zwei Ressorts Finanzen und Stadtplanung vertreten? Um nochmals mit Uster zu vergleichen: Dort sitzen alle Abteilungsleitenden in der sogenannten Verwaltungsleitung ein und bilden zusammen das oberste operative Führungsorgan der Stadtverwaltung. Wir sind froh, dass der Dübendorfer Stadtrat dieses seltsame Konstrukt als möglichen Problempunkt sieht und die Umsetzung genau beobachtet."

Stefan Angliker (FDP)

"Für die FDP-Fraktion sind mit den Antworten auf die Interpellation vom Theo Johner nicht alle Unklarheiten beseitigt. Und wir erkennen Widersprüche und Unzulänglichkeiten, die unbedingt zu beheben sind. Vorweg möchten wir klarstellen, dass es alles andere als transparent ist, wenn wie in der entsprechenden Medienmitteilung lediglich davon gesprochen wird, dass die Stadtratsmitglieder neu die Abteilungs- und Stabsstellenleitenden auch sachlich und personell direkt führen. Diese Umschreibung ist ungenau und gerade zu verharmlosend. Die Realität ist nämlich viel mehr, dass die Stadtratsmitglieder damit die gesamte operative Verantwortung für ihr Ressort übernehmen. Wer seine direkt Unterstellten nämlich sachlich und personell direkt führt, der hat logischerweise auch die operative Verantwortung für die ihm gesamte unterstellte Organisation. Und damit fangen die Probleme an. Wenn jetzt ein Stadtratsmitglied der umfassend operativen Verantwortung bewusst ist und diese ernsthaft wahrnehmen will, kann es das unmöglich seriös im Rahmen vom bisherigen Pensum machen. Theo Johner hat da bereits auf den Kommentar vom Zürcher Gemeindegesezt verwiesen. Dem gegenüber geht aber der Stadtrat davon aus, dass der Arbeitsaufwand nur geringfügig zunehmen wird. Und das im bisherigen Pensum möglich sein wird. Wir schauen das als grundlegend falsch an! Und dabei ist nicht einmal berücksichtigt, dass es hier ja nicht nur um die zeitliche Belastung von den Stadtratsmitgliedern geht, sondern auch um darum, dass unsere Stadträte für ihre operative Führungstätigkeit auch in einer zivil- und strafrechtlichen Verantwortlichkeit ausgesetzt sind. Wenn der Stadtrat an der operativen Führung durch seine Mitglieder festhalten will, dann muss er auch erkennen, was für eine zeitliche Beanspruchung und Verantwortung das damit verbunden ist. Und er muss auch realisieren, dass das mindestens ein teilamtliches Pensum bringt. Nur mit dieser Konsequenz und Transparenz werden sich auch die Wahlberechtigten bewusst sein, dass sie die Stadtratskandidierenden in Zukunft auch nach deren Managerqualitäten beurteilen und auswählen müssen. Die Wahlberechtigten müssen sich darüber hinaus auch bewusst sein, dass die operativ führenden Stadtratsmitglieder Kompetenz haben, ihre Abteilungs- und Stabsstellenleitenden jederzeit nach ihrem Gutdünken zu ersetzen. Unbedingt klären müsste der Stadtrat aber auch das Verhältnis von den operativ leitenden Stadtratsmitgliedern zur Geschäftsleitung. Im Verwaltungsreglement ist geregelt, dass die Geschäftsleitung das oberste Führungsorgan von der Stadtverwaltung ist. Das steht jetzt aber in einem nicht wieder auflösbaren Widerspruch zur neuen operativen Führung durch die Stadtratsmitglieder. Denn es kann ja nicht sein, dass die Stadtratsmitglieder ihr Ressort sachlich und personell, also operativ führen und gleichzeitig operativ der Geschäftsleitung, angeblich das oberste operative Führungsorgan unterstellt sind. Verantwortung ist auch nicht teilbar. Sie muss viel mehr eindeutig und klar zugewiesen sein. Das ist zu Zeit aber offensichtlich nicht der Fall. Jetzt liegt die Organisation von der Verwaltung natürlich unbestrittenermassen in der Kompetenz von der Exekutive. Der Stadtrat tut aber gut daran, dass er diese Kritikpunkte an seiner neuen Organisationsstruktur ernst nimmt. Er muss sich mit unmissverständlichen und klaren Regelungen dafür entscheiden, wer für die operative Führung verantwortlich ist. Und er muss diese Entscheidung auch konsequent und sachgerecht umsetzen.



Unsere Fraktion erwartet, dass der Stadtrat spätestens in seiner Herbstklausur die neue Organisationsstruktur einer Prüfung unterzieht. Der Stadtrat selber hat in seiner Beantwortung von der Interpellation in Aussicht gestellt, dass er ja bei Bedarf justieren wird. Mit Verlaub! Mit Justierungen wird es nicht getan sein. Es braucht eine ernsthafte Reflexion, um so rasch wie möglich eine stringente Organisationsstruktur. Solange die operative Führungsverantwortung nicht nachvollziehbar, klar und konsequent geklärt ist, bleiben die mit der Interpellation geäusserten Bedenken bestehen und es wächst Besorgnis, ob eine angemessene Führung von unserer Stadtverwaltung gewährleistet bleibt."

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, gilt das Geschäft Nr. 41/2023 als abschliessend behandelt.

5. Ersatzwahl GR-Sekretär GR Geschäft Nr. 13/2024

Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP)

"Aufgrund der Kündigung der Ratssekretärin Edith Bohli haben wir an der letzten Sitzung für einen interimistischen Einsatz Stefan Rüegg gewählt. Jetzt liegt der IFK-Wahlvorschlag für die reguläre Gemeinderatssekretärin vor und die Ersatzwahl kann vorgenommen werden.

Ich bitte den Vorsteher der Interfraktionellen Konferenz, Theo Johner, den Wahlvorschlag der IFK zu präsentieren."

Theo Johner (die Mitte/EVP)

"Die interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen Frederike Häfeli, im Saal anwesend, per 10. Juni 2024 für den Rest der Amtsdauer 2022-2026, vor."

Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP)

Ich bitte Friederike Häfeli kurz aufzustehen. Danke viel Mals.

Wird der Vorschlag vermehrt?

Da zum Vorschlag der Interfraktionellen Konferenz keine zusätzlichen Wahlvorschläge eingereicht wurden, erkläre ich gemäss Art. 71 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates Friederike Häfeli als Gemeinderatssekretärin ab 10. Juni 2024 gewählt und freue mich auf die Zusammenarbeit mit ihr und wünsche ihr bereits jetzt einen guten Start bei der Stadt Dübendorf und viel Begeisterung für die Aufgaben der Ratssekretärin.

Somit haben wir alle für heute traktandierten Geschäfte behandelt und können zu den Schlussformalitäten übergehen.

Einwände gegen die Verhandlungsführung

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände eingebracht. Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden kann. Im Übrigen kann wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes sowie Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung oder Verletzung von übergeordnetem Recht, gestützt auf das Verwaltungsrechtspflegegesetz, innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster erhoben werden.



Schlussbemerkungen Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP)

Das Büro des Gemeinderates wird an seiner Sitzung vom 22. April 2024 die Traktandenliste für die nächste Gemeinderatssitzung vom 6. Mai 2024 festlegen. Anschliessend verabschiedet Patrick Schärli (die Mitte/EVP) die Ratssekretärin Edith Bohli:

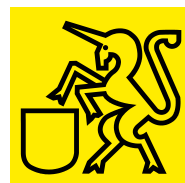
"Liebe Edith. Während deiner Zeit als Ratssekretärin hast du zwei Präsidentinnen und fünf Präsidenten durch ihr Amtsjahr begleitet. Es begann mit Sandro Bertoluzzo, der damals das Privileg hatte, bei der Auswahl der neuen Ratssekretärin miteinbezogen zu werden. Dein riesiges Potenzial wurde erfreulicherweise erkannt. In atemberaubendem Tempo hast du dich in deine neue Funktion eingearbeitet. Du hast die Abläufe sehr schnell erkannt und dich mit deiner fachlichen Kompetenz und deiner ruhigen und freundlichen Art schnell in den Ratsbetrieb eingelebt. Während deiner Anstellungszeit kam es auch zu Situationen, die für uns alle neu waren. Zum Beispiel die Corona-Pandemie, die das gesellschaftliche Leben stark einschränkte. Mittels Online-Sitzung wurde vom Büro beschlossen, den Ratsbetrieb zeitweise einzustellen. Später mussten wir eine Maskenpflicht einführen und die Sitzplätze voneinander wegarrangieren. Anlässlich dieser Entscheidungen wurde der Entscheid gefällt, die Ratssitzung im Live-Stream zu übertragen, um auch während der Pandemie dem Öffentlichkeitsprinzip nachzukommen. Es war eine turbulente Zeit, doch dank deiner Ruhe und Professionalität konnte sie souverän gemeistert werden. Bei einer Umfrage unter allen Ratspräsidenten und –präsidentinnen wurde klar, dass wir mit deiner Hilfe ein unvergessliches Amtsjahr erleben durften. Dafür danken wir dir von Herzen. Du hast einen ausgeglichenen, positiven Charakter, bist loyal und politisch stets neutral. Mit deinem proaktiven, selbstständigen Handeln und deiner absoluten Zuverlässigkeit leistest du höchste Arbeitsqualität. Auch in heiklen Situationen haben wir dich mit deiner diplomatischen Art immer als sehr angenehm und herzlich empfunden. Ebenso danken wir dir für deine professionelle, kollegiale aber auch kritische Unterstützung. Mit deinem überdurchschnittlichen Engagement, deiner sachlichen, lösungsorientierten Art, deiner Gabe, allfällige Unklarheiten frühzeitig zu erkennen und abzuklären, sowie deinem immer korrekten Umgang, warst du uns allen eine sehr grosse Stütze. Du hast dich nun entschieden, deine Arbeit als Ratssekretärin zu beenden. Wir bedauern deinen Weggang sehr. Du hinterlässt eine grosse Lücke in Dübendorf, und wir werden dich vermissen. Alle Ratspräsidentinnen und Ratspräsidenten laden dich gemeinsam zu einem Abendessen ein. Für heute überreichen wir dir das Einhorn, das dich an unsere gemeinsame Zeit erinnern soll und gleichzeitig als Gutschein dient. Im Namen aller Gemeinderatspräsidenten und –präsidentinnen, aller Kommissionspräsidenten und –präsidentinnen und aller Gemeinderatsmitglieder wünschen wir dir, liebe Edith, für deine berufliche Zukunft viel Freude und Erfolg, sowie dir und deiner Familie von Herzen alles Gute. Zum Abschluss übergebe ich das Wort an Flavia Sutter.

Abschiedsrede von Flavia Sutter (Grüne) für Gemeinderatssekretärin Edith Bohli

Liebe Edith. Du warst lange Jahre für unseren Gemeinderat tätig und hast vieles mit uns erlebt. Hier ein kleiner Rückblick.

Wir hatten oft ZWEIFEL, das Richtige zu tun, die Geschäfte waren nicht immer SCHWARZ oder WYSS, oft lag die Lösung in der Mitte. Es galt, Kompromisse zu schliessen! Doch manche Köpfe waren hart wie doppelte STEINER, manchmal gab es WÜESTe Szenen und wir zeigten einander das VÖGELI. Aber es ging nicht nur rau zu und her. Es gab auch sehr viel ErFREULERisches und wir bestiegen zusammen manchen COLUMBERG und EGGENBERGER. Auf dem Gipfel angelangt, konnten wir zusammen Erfolge feiern. Wir wagten auch Sprünge über manche SCHANZe ins Ungewisse und landeten sanft.

Aber nicht immer lief alles GALLATI! Manche Prozesse dauerten sehr LANG und waren beschwerlich und voller Hindernisse. Wir verirrt uns im WALDER, irrten durch GeBOESCH und trafen im Unterholz auf EBERLE. Da galt es, das SCHÄRLI zu zücken oder auch das SCHWEIZER Sackmesser und sich durchzuschlagen. GROSSer Mut war oft gefragt. Gelangten wir an eine hohe MURER, riefen wir manchmal laut: JOHNER und HEE-B! Mais cela n'a pas aidé chaque TA-JOUR-I.



Geduld war gefragt in solchen Situationen: GANZ viel Geduld!

Hello, wait a MENET! I have some more to say! Unten im KELLNER hatten wir zwar keine Leichen, aber wir mussten manchmal IN GOLD bezahlen, um unsere Ziele zu erreichen. Bitte nicht weitersagen! Der BOSS hat uns dafür ab und zu zum Essen eingeladen, es gab oft drei SpiegelMEIER. Auch beliebt war GRIESSERbrei mit SUTTER. Wir assen immer in Dübendorf, nie in KUSTER! Und nach dem Essen durften wir CSILLAGHY un peu, aber gleich ging es dann weiter mit der Arbeit. Das war GÜNT-HART!

In der Bekleidung waren wir mehr oder weniger frei, Kopftuch oder BURKHARDT waren nicht obligatorisch, nur manchmal die Gesichtsmasken. Während Corona war es im Ratssaal manchmal sehr BRÜHL-MANN! Wir mussten CRO-CI machen, um uns aufzuwärmen.

So, langsam komme ich zum Ende meines Rückblickes, 39 Namen habe ich verwurstet, aber für ANGLIKER wollte mir einfach nichts einfallen, darum nehme ich den STE-FAN – weil wir alle Fan sind von dir Edith und dir das allerbeste wünschen für deinen weiteren Weg!

Einwände gegen die Verhandlungsführung

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände eingebracht.

Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechts-sachen beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden kann.

Im Übrigen kann wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes sowie Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung oder Verletzung von übergeordnetem Recht, gestützt auf das Verwaltungsrechtspflegegesetz, innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster erhoben werden.

Schlussbemerkungen Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP)

Das Büro des Gemeinderates wird an seiner Sitzung vom 22. April 2024 die Traktandenliste für die nächste Gemeinderatssitzung vom 6. Mai 2024 festlegen.

Damit ist die 18. Sitzung des Gemeinderates der Legislaturperiode 2022-2026 geschlossen.

Schluss der Sitzung: 20:10 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls

Rico Roffler
Gemeinderatssekretär Stv.



Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Patrick Schärli
Gemeinderatspräsident